

Information

Integrationspolitik

Arbeitspapier Bernd Kölmel

in der Fassung vom 27.01.2017

1 Forderungen

- **Deutschland braucht einen Marshallplan „Integration“, der sowohl die Integrationsaufgaben als auch den Lösungsweg und die Finanzierung aufzeigt.**
- **Die Einwanderungs- und die Asyl-/ Flüchtlingspolitik sind strikt voneinander zu trennen. Dabei muss die Anwendung geltenden Rechts wieder Vorrang haben.**
- **Für die Aufnahme von Flüchtlingen muss eine Obergrenze gelten.**
- **Der Staat soll schon nur aus eigenem Interesse umfassende Integrationsleistungen erbringen. Nichtsdestoweniger ist Integration in erster Linie als Bringschuld der neu Ankommenden zu betrachten.**
- **Kernbestandteil jedes Integrationsprogramms müssen die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt sein. In beiden Bereichen müssen starke Anreize zur aktiven Partizipation gesetzt werden.**
- **Sowohl im Bildungsbereich als auch im Arbeitsmarkt müssen Ausländer mit Leistungserfordernissen und –anreizen konfrontiert werden. Es darf keine Versorgungsmentalität entstehen.**
- **Die deutsche Kultur ist zu pflegen und aktiv zu vermitteln. Sie soll aus sich selbst heraus Vorbildcharakter haben. Dafür ist vor allem erforderlich, in der deutschen Bevölkerung die Kenntnisse der eigenen Kultur und das Bewusstsein für ihren Wert zu heben.**
- **Einwanderer, die dauerhaft bei uns bleiben wollen, müssen über das Erreichen ihrer Integration eine Prüfung ablegen. Dabei sollten Integrationserfolge von Kindern Integrationsdefizite von Eltern ausgleichen dürfen.**
- **Wir benötigen eine aktive Gegenwehr des Staates gegen jede Form von Ausgrenzung, auch wenn sie traditionell oder religiös begründet wird. Islamische Religionsgemeinschaften in Deutschland dürfen weder Hass noch Frauenrechtsverletzungen oder gar Ehrenmorde fördern oder entschuldigen**

- **Dagegen sollten wir Solidarität mit allen fortschrittlich-humanistischen Muslimen und ihren Gemeinschaften zeigen.**
- **Die maßgeblichen statistischen Zahlen müssen kontinuierlich ermittelt und transparent gestellt werden.**
- **Der Personal- und Finanzbedarf für die Integration muss unverzüglich ermittelt und die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel transparent ausgewiesen werden. Dabei dürfen andere staatliche Aufgaben weder personell noch finanziell vernachlässigt werden.**
- **Die religiösen Vertreter aller Glaubensrichtungen, insbesondere des Islam, sollten sich selbst verpflichten, soweit noch nicht geschehen, aktiv für die erforderliche Toleranz, Weltoffenheit und Akzeptanz des deutschen Staats in seiner jetzigen Form einzusetzen.**
- **Die Glaubensvermittlung in den Moscheen sollte offener und nachprüfbarer werden. Sie muss so gestaltet werden, dass sie nicht ausländisch-nationale Interessen, sondern die religiösen Interessen der Gläubigen vertreten.**
- **Ein konfessioneller Religionsunterricht auch für den Islam sollte in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach angeboten werden – das wäre ein wertvoller Beitrag zur Integration.**
- **Ein Zuwanderungs-Kriterienkatalog ist verbindlich zu beschließen, darauf aufbauend müssen staatliche Prüfungen abgelegt werden. Gute Integrationsleistungen von Kindern sollten Defizite bei den Eltern ausgleichen können.**

2 Grundaussagen

Angesichts der großen Zahl von Menschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, ist es für unseren Staat von existentieller Bedeutung, diejenigen, die hier bleiben, zu integrieren. Ansonsten werden sich zwangsläufig Parallelgesellschaften entwickeln, die die staatliche Einheit gefährden.

Deutschland steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Hierfür sind alle staatlichen Verwaltungsebenen und die Kommunen gefordert, welche dabei ihre Kernaufgaben nicht vernachlässigen dürfen. In erster Linie sind daher die Einwanderer gefordert. Die Flüchtlinge weniger, da sie ja zurückkehren sollen/wollen. Allerdings müssen wir auch bei denen die Integration befördern, weil man ja nicht weiß, wann sie zurückkehren können.

Diese Ausarbeitung bezieht sich nicht auf die Einwanderungs- und Asyl- und Flüchtlingspolitik, obwohl diese untrennbar mit Fragen der Integration verknüpft sind. So haben wir von den Liberal-Konservativen Reformern LKR (damals als ALFA-Partei) bereits im September 2015 ein umfassendes Konzept vorgelegt, um die immensen Migrations- und Flüchtlingsströme nach Europa einzudämmen, ohne dass die europäischen Staaten ihre humanitären Verpflichtungen gegenüber Verfolgten und an Leib und Leben Gefährdeten vernachlässigen. Dennoch sind einige zentrale Aussagen hier angezeigt. Von wesentlicher Bedeutung für die Integrationsaufgabe ist, dass in Deutschland seit Jahrzehnten die Einwanderungs- durch eine grenzenlose Asyl- und Flüchtlingspolitik ersetzt. Dies erschwert die Integrationsaufgabe enorm.

Bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik ist die fehlende Mengensteuerung das zentrale Problem. Selbstverständlich gibt es eine faktische Obergrenze, ab der ein Land seine Fähigkeit verliert, Menschen aufnehmen zu können. Diese ist dann erreicht, wenn mehr Menschen ankommen als gleichzeitig integriert werden können und dabei die innere Ordnung sowie Wirtschafts- und Sozialsysteme gefährdet sind. Integration kann daher dauerhaft nur gelingen, wenn wir bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik geltendes Recht wieder umsetzen und überdies eine Obergrenze festlegen.

Zunächst müssen wir so schnell als möglich entscheiden, ob Menschen, die als Asylbewerber oder mit einem behaupteten Fluchtgrund gekommen sind, zumindest befristet hier bleiben dürfen. Denn Integration ergibt nur einen Sinn, wenn sie nachhaltig angelegt ist. Wer nicht bleiben darf, muss konsequent zur Ausreise aufgefordert und zur Not umgehend abgeschoben werden.

Weitere Ausführungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik sind in unserem ausführlichen Konzept hierzu enthalten.

3 Ziel

Für eine gelungene Integration dürfen die ankommenden Menschen nicht von unserer sozialen Umwelt, dem Arbeitsmarkt und auch dem Staat mit all seinen Anforderungen ausgegrenzt werden. Idealerweise darf es nach der Integration keine spürbaren Unterschiede mehr zwischen den bereits in Deutschland lebenden und den neu Angekommenen geben. Dies erfordert von den hier lebenden Bürgern, dass sie anderes Verhalten bis zu einem gewissen Grad tolerieren. Sie müssen aber auch den Willen haben, in unaufgeregter Weise ihre Kultur weiter zu leben und diese zu verteidigen. Denn von den Neuankömmlingen erwarten wir ja gerade, dass sie sich an die deutsche Kultur anpassen. Dagegen führt die Idee einer Gesellschaft ohne gemeinsame kulturelle Basis zu einer besonders gefährlichen Verharmlosung der Ausgrenzung.

Von den ankommenden Menschen erwarten wir, dass sie unsere Kultur anerkennen und sie sich so verhalten, dass diese Kultur auch erhalten bleibt. Dies ist die Basis für ein friedliches, verständnisvolles Zusammenleben. Darüber hinaus müssen sie unsere Sprache sprechen können und sich beruflich so qualifizieren, dass sie durch Arbeit für sich und ihre Angehörigen sorgen können.

Der Nachzug von Familienangehörigen kann nur erfolgen, wenn die bereits hier lebenden Familienmitglieder ausreichende Deutschkenntnisse haben, mindestens ein Familienmitglied nachweist, dass es ohne staatliche Unterstützung den Lebensunterhalt verdient. Nachziehende Ehepartner müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben. Die Einreise von unbegleiteten Minderjährigen darf nicht automatisch zum Nachzug der Eltern führen.

4 Rahmenbedingungen

4.1 Erfahrungswerte

Auch wenn es nicht politisch nicht gesagt oder gewollt wird, Deutschland ist faktisch seit langem ein Einwanderungsland. Seit 1954 kamen rund 36 Millionen Menschen nach Deutschland, von denen 80 Prozent ausländischer Herkunft waren. Im gleichen Zeitraum haben rund 27 Millionen Menschen das Land verlassen. Am Ende des Jahres 2014 lebten ca. 8,15 Millionen Ausländer in Deutschland. Das sind fast 10% Prozent der Gesamtbevölkerung.¹

Die Gesamtgruppe aller Einwanderer und ihrer Nachkommen, zusammen 16,4 Millionen Menschen, weisen aktuell eine beachtliche Armutsrisikoquote von 24 Prozent der Erwachsenen aus. Unter den 2,9 Millionen Einwohnern mit türkischen Wurzeln ist der Anteil aber noch deutlich höher: 36 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil derer, die ein Einkommen über dem gesellschaftlichen

¹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/5062/umfrage/entwicklung-der-auslaendischen-bevoelkerung-in-deutschland/>

Mittelwert haben. Das schaffen nur 26 Prozent der Türkischstämmigen. Bei allen Einwanderern sind es 41 und unter den Bürgern mit deutschen Wurzeln 53 Prozent.²

Als Folge der verpassten Integrationspolitik, des Bildungsnotstands der ersten Einwanderer und der ungenutzten Qualifikationen der zweiten Gruppe, sowie die damit verbundene berufliche Perspektivlosigkeit in Kombination mit sozialer Absicherung an der Armutsgrenze, entstanden ethnische Kolonien (Parallelgesellschaften). Vorrangig in ehemaligen industriellen Ballungsgebieten. Zu diesen Folgen gehört auch das Phänomen, das heute 80 % aller eingetragenen Intensivtäter Migrationshintergrund aufweisen.³ Auch islamistische Gruppen weisen in diesen Gebieten besonders viele Anhänger auf.

4.2 Mengengerüste

Die Aufnahmekapazitäten in Deutschland sind durch die im Jahr 2015 angekommenen rund eine Million Asylbewerber und Flüchtlinge derzeit mehr als erschöpft. Erst wenn von diesen Menschen diejenigen das Land verlassen, die kein Aufenthaltsrecht zugesprochen bekommen, und die bleibenden integriert sind, kann Deutschland unter Anwendung geltenden Rechts weitere Flüchtlinge in namhafter Zahl aufnehmen.

Wenn wir davon ausgehen, dass die Hälfte dieser Menschen bleiben darf, und diese wiederum durchschnittlich vier Familienangehörige nachkommen lassen, muss Deutschland 2,5 Millionen Menschen integrieren. Nach den bisherigen Schätzungen ist davon auszugehen, dass mindestens die Hälfte kein oder kaum Deutsch spricht und ein weiteres Viertel sprachlichen Fortbildungsbedarf hat. Ähnliches dürfte für die Berufsqualifikation gelten. Daher müssen in der nächsten Zeit vermutlich 2 Millionen Menschen sprachlich und beruflich qualifiziert werden – ohne dass die einheimische Bevölkerung dabei benachteiligt wird.

4.3 Religiöse und kulturelle Unterschiede

Damit Integration gut gelingt, müssen die unterschiedlichen Startvoraussetzungen zur Kenntnis genommen und daraus die erforderlichen Schlüsse gezogen werden. Es ist ein großer Unterschied, ob jemand streng gläubig ist oder nicht, ähnliche Gepflogenheiten übt wie wir oder ein völlig anderes Benehmen gewohnt ist. Natürlich ist dies kein Kriterium für die Frage, ob jemand in Not – entsprechend der völkerrechtlichen Definition – geholfen werden kann. Für die Frage der Aufnahmekapazität ist es jedoch ein wichtiger Faktor.

Den religiösen Vertretern kommt eine zentrale Bedeutung zu, um bei deren Gläubigen die erforderliche Toleranz, Weltoffenheit und Akzeptanz des deutschen Staats in seiner jetzigen Form zu fördern und zu fordern. Daher muss der Staat hier auch Rahmenbedingungen entwickeln und

²https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2016Kap7.pdf;jsessionid=AA15EA051570E59EB11956563010BD26.cae3?__blob=publicationFile

³ http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/071207_VortragReusch.pdf

durchsetzen, die dieses Verhalten erzeugen. Als problematisch haben sich einige islamische Glaubensrichtungen erwiesen. Insbesondere dort sollte die Glaubensvermittlung in den Moscheen offener und nachprüfbarer werden. Die Vereinsarbeit in den Moscheen muss so gestaltet werden, dass sie nicht ausländisch-nationale Interessen, sondern die religiösen Interessen der Gläubigen vertreten.

4.4 Infrastruktur

Ohne die erforderliche Infrastruktur kann Integration nicht gelingen. Hierzu zählen insbesondere Wohnungen, die einerseits ausreichend groß, andererseits aber auch kostengünstig und einfach ausgestattet sein müssen. Keinesfalls dürfen hier Standards geschaffen werden, die über denen für schon hier lebende Bürger in Not gelten. Dies wäre diesen Bürgern nicht zu vermitteln und würde erhebliche soziale Sprengkraft bergen.

Die Wohnungen sollten verkehrsgünstig liegen, damit die Menschen von dort aus leicht zu Schulbesuchen und Arbeitsstellen kommen können. Außerdem sollten die Wohnungen über große Bereiche in den Kommunen verteilt sein, damit es möglichst nicht zur geballten Unterbringung und damit einhergehend zu Abkapselungen kommt. Dabei sind die Bedürfnisse der schon in Deutschland lebenden Menschen mindestens in gleichem Maße zu berücksichtigen. Es darf zu keiner auch nur indirekten Bevorzugung von Asylbewerbern und Flüchtlingen kommen.

Sozialen Wohnungsbau voranzutreiben ist jedoch der falsche Weg, da die Mieter dieser Wohnungen diese oftmals auch dann noch belegen, wenn ihr Einkommen gestiegen ist. Dies würde den Wohnungsmarkt unnötig in verschiedene Segmente teilen. Die LKR setzt auch hier auf eine marktwirtschaftliche Lösung, um den Bedarf an Wohnungen decken zu können.

Wir brauchen ausreichend Schulräume, für die Kinder der Zuwanderer und auch für die Erwachsenen. Angesichts des demografisch begründeten Rückgangs der Schülerzahlen können hier zunächst freie Kapazitäten genutzt werden, bevor neue Schulen gebaut werden müssen.

Eine der größten Herausforderungen ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Diese kann nur mit ausreichender Qualifikation gelingen. In Deutschland sind kaum noch Arbeitsplätze für gering Qualifizierte vorhanden. Hier ist die Wirtschaft gefordert, um genügend qualifizierte Ausbildungsplätze anzubieten. Dennoch müssen wir davon ausgehen, dass es nicht jedem Zugewanderten gelingen wird, eine ausreichende Qualifikation zu erwerben.

4.5 Personal- und Finanzbedarf

Die Integration allein der 2015 zugewanderten Menschen und deren nachziehenden Familienangehörigen würde hunderttausende Beschäftigte erfordern, wenn diese hierfür erforderlichen Arbeiten nur über Beschäftigungsverhältnisse geleistet würde. Daher muss zwangsläufig wie schon bisher vieles über ehrenamtliche Helfer erledigt werden. Hier müssen insbesondere auch die Zugewanderten selbst in die Verantwortung genommen werden. Dies wäre ein aktiver Beitrag für deren Integration. Gleichwohl ist es sicher nicht übertrieben, wenn wir temporär davon ausgehen müssen, dass wir mindestens 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze für den Integrationsbereich benötigen.

Nach inzwischen nicht mehr bestrittenen Aussagen können als Kosten für einen neu ankommenden Asylbewerber oder Flüchtling 20.000 Euro/Jahr veranschlagt werden. Dies gilt natürlich nur so lange, bis diese Menschen bei uns integriert sind und einer bezahlten Arbeit nachgehen. Selbst bei der optimistischen Annahme, dass wir in den nächsten 10 Jahren zwei Drittel der allein 2015 zugewanderten Menschen, die vermutlich ein Bleiberecht erhalten, und ihrer Nachzüge in den Arbeitsmarkt integrieren, würden in diesem Zeitraum weit über 150 Milliarden Euro Kosten anfallen.

5 Umgang mit Muslimen

Zunächst ist festzuhalten, dass es nicht den Islam gibt, sondern eine Vielzahl unterschiedlicher Glaubensrichtungen innerhalb des Islam. Darunter sind Glaubensrichtungen, deren religiöse Strenge eine Integration erheblich erschweren wenn nicht gar unmöglich machen. Es gibt aber auch islamische Glaubensrichtungen, deren Gläubige sich problemlos in unsere Gesellschaft integrieren. Die Antwort auf diese Unterschiede kann nur Solidarität mit allen fortschrittlich-aufgeklärten Muslimen und ihren Gemeinschaften sein, sowie eine klare Solidarität mit allen anderen freiheitsliebenden Menschen, die Ausgrenzung und Hass verurteilen, aber genauso auch Frauenrechtsverletzungen oder so genannte Ehrenmorde.

Es ist zwar verständlich, dass einige Politiker gerne nur eine oder zwei einheitliche Vertretungen (analog zur Kirche) für die vier Millionen Muslime in Deutschland hätten. Die Realität ist jedoch, dass es viele verschiedene Konfessionen im Islam gibt und diese Pluralität können nur die Muslime selber überwinden.

Dafür sind neutrale, für alle gleiche Bedingungen zu schaffen, die nicht nur die Kooperation des deutschen Religionsverfassungsrechts bei der Einführung islamischen Religionsunterrichts erleichtern würden, sondern auch der Integration in die Mehrheitsgesellschaft und eine natürliche Anpassung an die lokalen Begebenheiten fördern würde.

Die bisherigen Kriterien für Religionsgemeinschaften sind dafür um folgende Punkte zu erweitern:

- Regelungen, die auch einen Austritt aus der Religionsgemeinschaft erlauben.
- Keine Bedenken gegen die Verfassungstreue
- Würdenträger müssen erklären, dass sie in keinem finanziellen oder persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu einem ausländischen Staat stehen.

Die LKR bejaht das in Artikel 7 des Grundgesetzes garantierte Grundrecht auf konfessionellen Religionsunterricht. Islamischer Religionsunterricht muss dabei dieselben Voraussetzungen erfüllen wie der konfessionelle christliche Religionsunterricht. Insbesondere müssen die Lehrpläne von den Kultusministerien genehmigt werden. Außerdem müssen die nach deutschen Hochschulstandards examinierten Lehrer in deutscher Sprache unterrichten und die freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen. Ebenso lehnt die LKR das Tragen des Kopftuchs in staatlichen Bildungseinrichtungen ab.

Dass Mädchen aus religiösen Gründen von ihren Eltern an der Teilnahme am Sportunterricht und an Klassenfahrten gehindert werden, stellt eine nicht hinnehmbare geschlechtsspezifische Diskriminierung dar.

Wie wir mit dieser Frage umgehen, hat ganz praktische Auswirkungen auf viele Jugendliche in unserem Land. Nach Angaben des Wissenschaftsrats werden derzeit an deutschen Schulen ca. 700.000 Kinder und Jugendliche unterrichtet, die ihre Religionszugehörigkeit als muslimisch bezeichnen⁴.

Diesen einen Islamunterricht in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach anzubieten – das wäre ein wertvoller Beitrag zur Integration. Solange die muslimischen Konfessionen das flächendeckend nicht leisten können, sollten die Kultusministerien islamischen Unterricht in Kooperation mit allen Verbänden in ihrem Gebiet anbieten.

Muslimische Schülerinnen und Schüler würden es als Ausdruck von Gleichberechtigung werten, wenn sie, wie ihre christlichen Mitschüler, an ihrer Schule (und nicht zusätzlich außerhalb der Schule an einem anderen privaten Ort) an einem islamischen Religionsunterricht teilnehmen könnten.

Eine Erziehung zu Religionsmündigkeit, Offenheit und Dialog der verschiedenen Traditionen in einer Schulklasse wäre zudem eine wirksame Immunisierung gegen extremistische und nationalistische Positionen.

6 Anforderung an Zuwanderer

Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Dabei reicht es nicht, sich persönlich zu respektieren oder zu akzeptieren, auch wenn die Kenntnis und die Akzeptanz einer gemeinsamen Grundlage wichtig sind.

Für die Zuwanderer sollte indes ein Kriterienkatalog erstellt werden. Das Erreichen messbarer Kriterien ist durch eine staatliche Prüfung festzustellen. Kriterien sollten sein:

- Integrationswilligkeit: wer nach Deutschland kommt, muss sich auch integrieren wollen. Ohne diesen Willen werden die meisten Bemühungen des Umfeldes wenig oder gar nichts bringen.
- Akzeptanz der in Deutschland vorhandenen Kultur und Werte: Hierzu gehören Traditionen, Gebräuche und religiöse Verhaltensweisen. Bei aller persönlichen Freiheit muss klar sein, dass ein Zuwanderer bei widerstreitenden Interessen sein Verhalten anpassen muss und er keine Anpassung der hier schon lebenden Menschen erwarten kann. Dies betrifft beispielsweise:
 - Die in Deutschland anerkannten Werte sind verbindlich. Dazu gehören die alleinige Geltung unserer Gesetze, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und keine Diskriminierung von sexuellen Ausrichtungen. Zuwanderer müssen sich aktiv gegen Gewalt und den gewaltbereiten Islamismus aussprechen.
 - Sowohl in der Schule als auch im öffentlichen Leben dürfen Frauen nicht zum Tragen von spezieller Ganzkörperkleidung gezwungen werden.

4



- Religiöse Feiertage werden öffentlich nur für die beiden christlichen Kirchen beachtet (arbeits- und schulfrei).



- Sprachkenntnisse: Jeder Zuwanderer muss nach einem klaren, zeitlich ambitionierten Zeitplan die deutsche Sprache erlernen.
- Berufliche Qualifikation und Tätigkeit: Jeder Zuwanderer muss sich bemühen, eine ausreichende berufliche Qualifikation zu erwerben. Anschließend muss er sich um eine Arbeitsstelle bemühen, die ihn in die Lage versetzt, den Lebensunterhalt für sich selbst sowie seine Unterhaltsberechtigten dauerhaft ohne staatliche Transferleistungen zu bestreiten. Ist dies nicht erreichbar, so soll er sich jedenfalls um eine Vollzeitarbeit bemühen, um den Hilfebedarf so gering wie möglich zu halten. Ehrenamtliches Engagement: Zuwanderer erhalten in Deutschland Hilfe. Es ist zum einen angemessen, dass sie sich an der erforderlichen Hilfeleistung beteiligen. Zum anderen kann dies gerade für Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt Probleme haben, eine sinngebende Beschäftigung sein, die zu einer besseren und schnelleren Integration führt.
- Wer unsere Gesetze, Traditionen, kulturelle Werte und Umgangsformen missachtet, muss mit Konsequenzen rechnen. Dies kann Maßnahmen wie Nachhilfekurse z. B. in gutem Benehmen, bei Strafurteilen auch die sofortige Abschiebung in das Herkunftsland bedeuten.

7 Anforderung an Einwohner und den Staat

Die in Deutschland lebenden Menschen müssen offen sein, neu angekommene Menschen, die zu einem Daueraufenthalt berechtigt sind, an unserem Staat und damit unseren Errungenschaften teilhaben zu lassen. Geduld, Engagement und die Bereitschaft für sinnvolle finanzielle Lasten sind erforderlich.

Wir müssen realistisch an diese historische Aufgabe herangehen. Misserfolge und Rückschläge werden nicht ausbleiben. Daher dürfen negative Einzelfälle, die leider unvermeidlich sein werden, nicht dazu dienen, die große Linie zu verlassen.

Der Staat muss in erster Linie die erforderliche Infrastruktur schaffen und das nötige Personal einstellen und qualifizieren. Dies betrifft insbesondere Schulen, Kindergärten, Polizei und Justiz, aber auch den Sozial- und Gesundheitsbereich. Verschiedene Studien belegen, dass das Erlernen der Sprache wesentlich für eine erfolgreiche Integration ist⁵.

Mehr als die Hälfte der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge sind unter 25 Jahre alt, also im Alter, um eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen. Das Bildungspotenzial ist folglich hoch.⁶

Schulpflichtige Kinder und Jugendliche sollen zunächst in Auffangklassen unterrichtet werden, wo sie vorrangig deutsche Sprachkenntnisse erwerben. Um zu entscheiden, in welche Regelklasse die Flüchtlingskinder kommen, sollte nicht nur nach dem Alter differenziert werden. Mit Hilfe von Tests kann ermittelt werden, auf welchem Lernstand die einzelnen Kinder/Jugendliche sind.

⁵ http://www.oeaw.ac.at/kmi/Bilder/kmi_WP7.pdf abgerufen am 02.05.2016

⁶ http://doku.iab.de/aktuell/2015/aktueller_bericht_1514.pdf, abgerufen am 29.04.2016

Sie sollen auf keinen Fall überfordert oder unterfordert werden. Besonders schwer ist es für diejenigen, die in ihrer Heimat noch keine Schule besucht haben und weder lesen noch schreiben können. Eine gute Idee ist es, auf freiwilliger Basis Partnerschaften mit deutschen Kindern einzurichten und spielerisch wie beim Sport oder beim Basteln die deutsche Sprache und das Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln.

Flüchtlingskinder haben denselben Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz vom vollendeten ersten Lebensjahr an, wie alle Kinder in Deutschland auch.⁷ Rechtlich sind die Kinder also gleichgestellt, eine Benachteiligung deutscher (wie auch ausländischer) Familien ist ausgeschlossen.

Die Flüchtlingskinder müssen von klein auf die notwendigen Sprachkenntnisse erlernen, damit sie später in der Schule erfolgreich sein können.

Die bauliche Infrastruktur darf keine fremdländische, dominierende Prägung erhalten.

8 Chancen und Risiken

Wenn wir es schaffen, die zu uns gekommenen Asylberechtigten und Flüchtlinge zu integrieren, ist dies ein positiver Meilenstein in der Geschichte. Wir haben damit einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass es vielen Menschen besser geht als zuvor, einige davon sicher auch vor dem Tode bewahrt. Deutschland wird auf diese Leistung stolz sein können.

Falls wir die Integration nicht schaffen, drohen uns je nach dem Grad der Zielverfehlung erhebliche Verwerfungen bis hin zu großflächigen Ghettobildungen mit rechtsfreien Räumen.

Frauen üben eine zentrale Funktion innerhalb der Familie aus. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass sie im Integrationsprozess ihrer Kinder und Familien eine zentrale Rolle spielen. Sie müssen die deutsche Sprache erlernen und sich in die Gesellschaft integrieren. Es ist außerdem wichtig, dass Frauen in speziellen Kursen lernen, welche Rechte und Pflichten sie in Deutschland haben.

Gerne werden bis heute Flüchtlinge als die neuen Fachkräfte in Deutschland bezeichnet. Sie könnten das deutsche (Fach-)Arbeitskräfteproblem der kommenden Jahre lösen und dazu beitragen, dass Deutschlands Wirtschaft angekurbelt wird. Dies ist erwiesenermaßen zum größten Teil falsch. Es gilt vielmehr, den Menschen diesbezüglich reinen Wein einzuschenken. Wenn überhaupt, so wird der Staat nur nach vielen Jahren eine Entlastung durch die Flüchtlingszuwanderung erfahren.

Die Integration der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt ist von großer Wichtigkeit. Wie das Ergebnis einer aktuellen [Studie](#) des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigt, profitiert die Allgemeinheit von zusätzlichen Staatseinnahmen in Höhe von 20 Milliarden Euro, wenn die Integration gelingt. Scheitert die Integration von aufgenommenen Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt jedoch, könnte die Staatskasse langfristig mit bis zu 400 Milliarden Euro belastet werden.

⁷ <http://www.asylinfo.sachsen.de/fragen-und-antworten-zum-thema-asyl.html>,

gemäß §24 KJHG, §6 Abs. 2 SGB VII

Für den einzelnen Bürger hieße das: Wenn alle Flüchtlinge das finanzielle Niveau von Einheimischen mit Berufsausbildung erreichen, bekäme jeder Bürger jährlich 20 Euro ausgezahlt. Gelingt die Integration nicht, würden pro Kopf jährlich 86 Euro fällig. Je schneller die Flüchtlinge also einen Arbeitsplatz bekommen, desto geringer sind die Kosten, da sie Steuern zahlen und im gleichen Zug weniger Zahlungen in Anspruch nehmen.